

DER IRAK NACH DEM US-ABZUG: ERNEUT AM ABGRUND

Die USA vermochten bei ihrem Abzug aus dem Irak Ende 2011 kaum zu kaschieren, dass ihre Irakpolitik gescheitert ist und sie ein instabiles Land hinterlassen. Die seit Monaten beobachtbare Akzentuierung konfessioneller und ethnischer Konfliktlinien im Irak ist aber auch als Versagen der Politik in Bagdad zu werten. Eine erneute Gewaltexplosion ist nicht mehr auszuschliessen, zumal das regionale Kräfteingen zwischen Iran auf der einen Seite und den sunnitischen Golfmonarchien und der Türkei auf der anderen Seite zentrifugale Tendenzen im Irak fördert. Die Krisen in Syrien und im Irak verschränken sich dabei zunehmend.



Der schiitische Ministerpräsident al-Maliki hat mit seinem autoritären Regierungsstil die Sunniten und die Kurden gegen sich aufgebracht. Bagdad, 6.1.2012

Reuters / Saad Shalash

In den vergangenen zwei Jahrzehnten stand der Irak fast permanent im Brennpunkt der internationalen Sicherheitspolitik. Nach dem Golfkrieg von 1990/91, der durch die irakische Invasion Kuwaits ausgelöst und durch den militärischen Gegenschlag einer UN-mandatierten Koalition unter US-Führung beendet wurde, drehten sich die Debatten um Wirtschaftssanktionen, Flugverbotszonen sowie Abrüstungs- und Rüstungskontrollmassnahmen. Nach dem Amtsantritt von US-Präsident George W. Bush 2001 und dem Strategiewechsel in der amerikanischen Irakpolitik von Eindämmung zu *Regime Change* prägten der Irakkrieg von 2003, die darauffolgende US-Besatzungspolitik und die sich zwischenzeitlich dramatisch verschlechternde irakische Sicherheitslage die Diskussionen.

In den letzten Jahren ist der Irak jedoch weitgehend aus dem Fokus internationaler

Sicherheitsdebatten gerückt. Nach jahrelangen hitzigen Kontroversen findet das Thema mittlerweile nur noch punktuell und meist in Randnotizen mediale Aufmerksamkeit. Seit dem 2008 eingeleiteten Abzug der Besatzungstruppen und der US-Refokussierung auf Afghanistan wird die sicherheitspolitische Lage im Nahen und Mittleren Osten meist unter dem Blickwinkel des iranischen Nuklearprogramms und der arabischen Revolten und Revolutionen diskutiert. Auf der globalen Ebene wiederum sind Themen wie die strategischen Rückwirkungen der anhaltenden Machtverschiebungen, die Stabilität der Pazifikregion oder die Bewältigung der Wirtschafts- und Schuldenkrisen in den Vordergrund gerückt.

Allerdings zeichnet sich nicht ab, dass der Irak in absehbarer Zeit zur Ruhe kommt. Die USA hinterlassen ein sehr fragiles und zutiefst gespaltenes Land, wobei sich die

konfessionellen und ethnischen Gräben seit dem Abzug der letzten US-Truppen im Dezember 2011 wieder vertieft haben. Die innerirakische Polarisierung wird dabei durch den sich akzentuierenden Gegensatz zwischen Schiiten und Sunniten in der Region verstärkt. Es besteht die Gefahr, dass die zunehmenden geopolitischen, konfessionellen und teilweise auch ethnischen Spannungen im Nahen und Mittleren Osten zu neuen Gewaltausbrüchen oder gar regionalen Stellvertreterkriegen im Irak führen.

Bilanz der US-Intervention

Fast neun Jahre US-Besatzung haben den Irak stark geprägt. Zieht man zunächst von amerikanischer Warte aus Bilanz, so fällt das Ergebnis überwiegend negativ aus. Der Preis der Irak-Intervention war für die amerikanische Gesellschaft deutlich höher als erwartet. Von den mehr als 1,5 Millionen in den Irak entsandten US-Truppen (darunter viele Mehrfachentsendungen) wurden 4488 getötet und 32'225 verwundet. Die direkten Geldzuwendungen des US-Kongresses für den Krieg beliefen sich auf über \$800 Milliarden. Hinzu kommen versteckte Kosten und langfristige Mehrausgaben, die die Gesamtbelastung nach Expertenschätzungen auf über \$3 Billionen ansteigen lassen. Die Irakpolitik der Bush-Administration hat damit wesentlich zum eklatanten Anstieg der US-Staatsschulden beigetragen.

Gemessen an diesem grossen Aufwand haben die USA in Bezug auf die Erreichung der – volatilen – Ziele ihrer Irak-Intervention wenig vorzuweisen. Der als zentraler Kriegsgrund dienende Vorwurf, Saddam Hussein unterhalte aktive ABC-Programme

und pflege Beziehungen zu al-Kaida, liess sich nie erhärten. Die Vision einer vom Irak ausgehenden Demokratisierung der Region ist im Zuge der amerikanischen Antiterror-Kooperation mit autoritären Regimen rasch in den Hintergrund gerückt. Nur eingefleischte Neokonservative führen die derzeitigen arabischen Umwälzungen auf den Sturz Saddams zurück.

Pläne für eine militärische Dauerpräsenz im Irak sind am Widerstand der Iraker gescheitert. Zurückgeblieben ist eine gigantische US-Botschaft mit 16'000 amerikanischen Mitarbeitern, darunter 2000 Diplomaten, 150 Militärberater und bis zu 8000 Angestellte privater Sicherheitsanbieter. Die Einflussmöglichkeiten Washingtons auf die politischen Entwicklungen im Irak sind heute allerdings begrenzt, weshalb das State Department auch bereits eine signifikante Reduktion des Botschaftspersonals im Irak ins Auge fasst. Ähnlich wie im Fall Ägyptens und der Golfmonarchien dürften die USA aufgrund der derzeitigen Rüstungsabhängigkeit des Iraks zwar auf absehbare Zeit eine gewisse Kontrolle über die irakischen Streitkräfte ausüben. Auch bieten die 50'000 momentan in der Region befindlichen US-Truppen den USA Flexibilität in ihrer künftigen Irakpolitik. Zu einem Hub für amerikanische Interessen in der Region ist der Irak aber nicht geworden.

Sofern energiepolitische Interessen ebenfalls Teil der US-Kriegsmotivation gewesen sein sollten, dürften sich wenigstens die diesbezüglichen Erwartungen teilweise erfüllen. Auch wenn sich keine Dominanz amerikanischer Ölfirmen im Irak abzeichnet, haben sich die Aussichten nach dem Sturz Saddams verbessert, dass die riesigen nichterschlossenen Ölreserven des Landes dem globalen Ölmarkt in absehbarer Zeit zugänglich gemacht werden. Dem stehen allerdings weitreichende negative Folgen des Irakkriegs für die USA gegenüber. Dazu zählen ihr massiver internationaler Glaubwürdigkeitsverlust, die Vernachlässigung der Stabilisierung Afghanistans, die zumindest zwischenzeitliche Schwächung der Atlantischen Allianz und der UNO sowie die abnehmende Akzeptanz multinationaler Rüstungskontroll- und Abrüstungsregime. Hinzu kommt, dass mit der vorläufigen Eliminierung des Iraks als Machtfaktor die Mächtebalance im Persischen Golf aus den Fugen geraten ist. Die regionalen Einflussmöglichkeiten

und Führungsambitionen Irans haben vor diesem Hintergrund zugenommen, was zu wachsenden Spannungen Teherans mit Nachbarstaaten wie auch mit den USA und Israel geführt hat (siehe unten).

Aus Sicht des Iraks lässt sich erst eine vorläufige Bilanz der US-Intervention ziehen. Klar ist, dass die etwa 60% Schiiten und 15–20% Kurden vom Ende der Saddam-Diktatur profitiert, die maximal 20% Sunniten hingegen einen Machtverlust erlitten haben. Unstrittig ist auch, dass der von aussen herbeigeführte politische Wandel im Irak viel humanitäres Leid mit über 100'000 Toten und geschätzten 4 Millionen Vertriebenen zur Folge gehabt hat. Ein längerer Bürgerkrieg konnte 2007 zwar dank amerikanischer Truppenverstärkungen, einem verstärkten Vorgehen gegen schiitische Milizen (vor allem gegen die Mahdi-Armee der Sadr-Bewegung), erfolgreichen Verhandlungen mit sunnitischen Aufständischen und der Bekämpfung radikal-islamistischer Aufständischer durch sunnitische Stammesmilizen («Räte des Erwachens») abgewendet werden. Eine stabile Nachkriegsordnung vermochten die USA jedoch nicht aufzubauen.

Die Zukunft des Iraks ist heute denn auch äusserst ungewiss. Die ungelösten Macht- und Ressourcenkonflikte im Land haben sich in den letzten Monaten wieder deutlich verschärft. Präsident Obamas Behauptung von Ende 2011, dass die USA einen «souveränen und stabilen» Irak hinterlassen, der «auf sich selbst aufpassen kann», wurde allzu schnell als Wunschdenken entlarvt.

Politikversagen im Irak

Der Irak ist heute ein Paradebeispiel dafür, dass Wahlen und eine Verfassung allein noch keine Demokratie ausmachen. Das auf Pluralismus ausgerichtete neue politische System des Landes droht an der wachsenden innenpolitischen Polarisierung zu zerbrechen. Noch vor zwei Jahren gab es Anzeichen dafür, dass sich ein demokratischer politischer Prozess etablieren könnte, zeichneten sich die Parlamentswahlen vom März 2010 doch durch eine hohe Beteiligung aller Volksgruppierungen und ein überraschend gutes Abschneiden gemässigter, mit nationalen Einheitspartien operierender Kräfte aus. Dem Wunsch vieler Wähler nach einem innerirakischen Ausgleich haben die politischen Eliten aber nicht Rechnung getragen. Die iraki-

sche Bevölkerung hat ihr Vertrauen in die politischen Institutionen seither weitgehend verloren.

Zunächst lähmte ein neunmonatiges Ringen um die Regierungsbildung die Politik in Bagdad. Dank eines Übereinkommens mit dem Iran nahestehenden Geistlichen al-Sadr obsiegte dabei der schiitischen Amtsinhaber al-Maliki über Wahlsieger Allawi und dessen national-säkulares Irakiya-Bündnis, das von vielen Sunniten unterstützt wird. Auf der Basis eines Machtteilungsarrangements vermochte al-Maliki Ende 2010 schliesslich eine Einheitsregierung zu formieren, die auch Irakiya einband. Das mehr als 40 Minister umfassende neue Kabinett ist aufgrund seiner heterogenen Zusammensetzung seither aber weitgehend handlungsunfähig geblieben.

Das vergangene Jahr war denn auch hauptsächlich von einer Machtzentralisierung in den Händen al-Malikis geprägt, dem seither von verschiedener Seite diktatorische Züge vorgeworfen werden. So hat al-Maliki politische Schlüsselposten wie den Verteidigungs- oder den Innenminister nicht wie vereinbart mit Vertretern Irakiyas, sondern interimistisch mit sich selber oder mit eigenen Gefolgsleuten besetzt. Gleichzeitig hat er die Kontrolle über die Sicherheitsinstitutionen an sein Ministerpräsidentenbüro gebunden, zentrale Posten in der Armee eigenen Vertrauten zugeschachert und seinen Einfluss auf vormals unabhängige Institutionen wie die Wahlkommission, die Zentralbank oder die Antikorruptionskommission ausgeweitet.

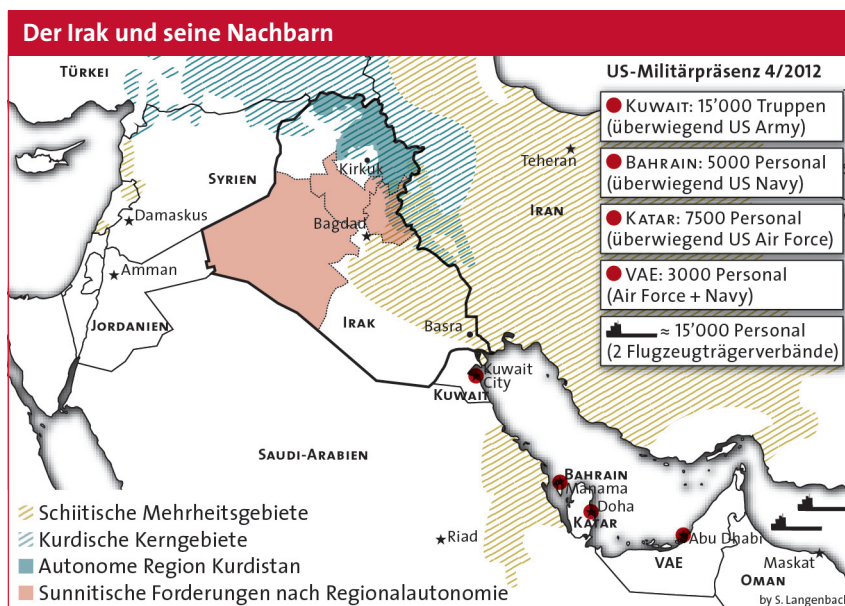
Vor dem Hintergrund des US-Abzugs hat sich der Machtkampf im Irak in den letzten Monaten noch einmal verschärft. Dabei haben sich die konfessionellen und ethnischen Bruchlinien in der irakischen Politik stark akzentuiert. So haben zwei sunnitisch dominierte Provinzen sowie eine dritte, gemischte Provinz im Zentralirak ihr in der Verfassung von 2005 verankertes Recht eingefordert, über einen Regionalstatus mit föderalistischen Machtbefugnissen abstimmen zu können. Die Abkehr der Sunniten von ihrer traditionellen Befürwortung eines starken irakischen Zentralstaats stellt dabei sowohl für al-Maliki als auch für die territoriale Einheit des Iraks eine Gefahr dar. Der Ministerpräsident hat seither in diesen Provinzen im Namen der Entbaathifizierung mehrere hundert Sunniten verhaften lassen. Zudem ist er gezielt gegen Spitzenvertreter von Irakiya vorgegangen. Gegen Vizepräsident al-Hashemi, den rang-

höchsten sunnitischen Politiker im Land, wurde ein Haftbefehl wegen angeblicher Verwicklungen in Terroranschläge erlassen. Gleichzeitig drängte al-Maliki das irakische Parlament darauf, seinem eigenen Stellvertreter als Ministerpräsidenten, dem Sunniten al-Mutlak, das Vertrauen zu entziehen – bisher vergeblich.

Mittlerweile fühlen sich auch die Kurden durch al-Malikis Machtkonzentration bedroht. Diese haben sich in den letzten Jahren konstruktiv an der Zentralregierung beteiligt, gleichzeitig aber alles daran gesetzt, unter der schützenden Hand der USA ihre Autonomie zu stärken. Die Beziehungen zu al-Maliki haben sich stark verschlechtert, seit sie sich weigern, den in die autonome Region Kurdistan geflohenen al-Hashemi an Bagdad auszuliefern. Die zentralen Streitpunkte gehen aber tiefer, haben sich die irakischen Kurden und Araber bisher doch weder über das Ausmass der kurdischen Autonomie noch über die territorialen Grenzen des autonomen Kurdistans einigen können.

Konflikte entzünden sich dabei immer wieder an der für den gesamten Irak essentiellen Ölfrage, stammen doch 90% der irakischen Regierungseinnahmen aus dem Ölsektor. Aus der Sicht der Zentralregierung steht die zunehmend eigenständige kurdische Ölpolitik einer effektiven irakischen Energiestrategie im Wege. Die bereits mehr als 40 separaten Abkommen der kurdischen Regionalregierung mit internationalen Ölfirmen stossen in Bagdad denn auch auf scharfe Kritik. Als besonders provokativ wird dabei empfunden, dass einige der Abkommen – so jüngst ein Deal mit Exxon Mobil – umstrittene Grenzgebiete ausserhalb der Autonomieregion betreffen. In diesen umstrittenen Gebieten liegt auch das ölfreiche Kirkuk, das viele Kurden als ihre traditionelle Hauptstadt betrachten.

Im April 2012 nahmen die Spannungen mit al-Maliki so stark zu, dass die Kurden ihre Ölexporte einstellten, was für die Zentralregierung hohe Einnahmeverluste bedeutete. Im Gegenzug hat Bagdad gedroht, den Finanztransfer nach Kurdistan zu reduzieren. Sollten die Kurden 2014 tatsächlich in der Lage sein, ihr Öl mit einer eigenen Pipeline in die Türkei zu transportieren und damit ihre finanzielle Unabhängigkeit auszuweiten, dürften sich die Sezessionsbestrebungen Kurdistans intensivieren. Allerdings wird die geplante Aufrüstung der irakischen Armee (u.a. mit amerikanischen F-16 Kampfflugzeugen) die momentane



Überlegenheit der kurdischen Peschmerga-Sicherheitskräfte relativieren. Zusammengefasst verschärfen beide Trends das bestehende Eskalationspotential.

Es sind aber nicht nur konfessionell-ethnische Gräben, die sich im Irak weiter öffnen. Auch in schiitischen Provinzen im Südirak wurde jüngst Autonomie gefordert, was auf eine generelle Verdrossenheit mit der Zentrale in Bagdad hindeutet. Das Versagen der irakischen Politik hat zur Folge, dass der Staat selbst elementare Aufgaben wie die Elektrizitätsversorgung nach wie vor nur unzureichend erfüllt und der Wiederaufbau des Landes ins Stocken geraten ist. Der Irak verfügt zwar über die weltweit fünfgrößten nachgewiesenen Ölreserven. Die Wirtschaft liegt aber weitgehend am Boden, was sich in einer hohen Arbeitslosigkeit und einer im regionalen Vergleich grossen Armut manifestiert. Bezüglich Pro-Kopf-Einkommen liegt der Irak heute auf Rang 161. Gemäss Transparency International ist er das achtkorrupteste Land der Welt. Die Sicherheitslage hat sich 2011 im Vergleich zu den Vorjahren zwar verbessert. Noch immer beklagt der Irak aber mehr Opfer (Tote und Verwundete) von Anschlägen als Afghanistan. Angesichts der anhaltend schlechten Lebensbedingungen und der politischen Blockaden und Ränkespiele vermag es nicht zu verwundern, dass der Unmut in der Bevölkerung Umfragen zufolge derzeit rasch wächst.

Im Sog regionaler Polarisierung

Die aktuelle Lage im Irak ist nicht zuletzt deshalb besorgniserregend, weil im regionalen Umfeld ähnliche Polarisierungstendenzen erkennbar sind, die die Spannun-

gen im Zweistromland weiter verschärfen. Dass der Irak mit seiner konfessionellen und ethnischen Heterogenität ein Spiegelbild des Nahen und Mittleren Ostens ist, dürfte künftig mehr noch als in den letzten Jahren einen negativen Einfluss auf seine innere Stabilität haben. Das Land stellt auf absehbare Zeit keinen Machtfaktor in der Region mehr dar. Vielmehr droht es zum Spielball externer Mächte zu werden.

Von den aktuellen regionalen Trennlinien wirkt sich der geopolitische Konflikt zwischen Iran und den USA (sowie Israel) derzeit am wenigsten auf die innere Verfasstheit des Iraks aus. Der Balanceakt zwischen den schiitischen Machthabern in Teheran und Washington ist al-Maliki bisher recht gut gelungen. Sollte es im Kontext der Nuklearkrise zu Luftschlägen gegen Iran kommen (mit dem Abzug der US-Truppen haben sich die Voraussetzungen dafür vor allem für die israelische Luftwaffe verbessert), wären allerdings Szenarien wie ein verstärktes Agieren der schiitischen Sadristen zugunsten Irans oder Vergeltungsmassnahmen Teherans gegen US-freundliche Akteure im Irak durchaus denkbar.

Bereits heute vor eine ZerreiSSprobe gestellt wird der Irak durch den sich zuspitzenden Kalten Krieg zwischen Iran und Saudi-Arabien. Auch diese Konfliktlinie ist einerseits geopolitisch geprägt, wobei hier zusätzlich das ethnische Element einer iranisch-arabischen Rivalität mitspielt. Im Kontext der arabischen Revolten und Revolutionen werden diese Charakteristika aber zunehmend durch eine konfessionelle Polarisierung überlagert, wie sie im Nahen

und Mittleren Osten auf zwischenstaatlicher Ebene bisher selten zu sehen war.

Saudi-Arabien und andere sunnitische Golfmonarchien wie Katar sind bestrebt, im Zuge der arabischen Umwälzungen die regionalen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten zu verschieben. In Ägypten und Tunesien haben ihnen nahestehende konservative sunnitische Akteure wie die Muslimbrüder oder die Salafisten an Einfluss gewonnen. In Bahrain wiederum hat Riad mit militärischen Mitteln ein Ende der politischen Diskriminierung der schiitischen Bevölkerungsmehrheit verhindert. Das zentrale Mächterringen findet derzeit aber in Syrien statt, wo sich Saudi-Arabien und Katar für eine Bewaffnung der Opposition einsetzen, um mit al-Asad den wichtigsten regionalen Verbündeten Irans zu eliminieren und in Damaskus konservativ-islamischen Kräften zu dominierendem Einfluss in einem Nachfolgeregime zu verhelfen.

Al-Maliki hat sich deutlich gegen den Sturz al-Asads gestellt, wäre eine sunnitisch geprägte Regierung in Syrien doch keinesfalls im Interesse der irakischen Schiiten. Mit dieser Haltung hat er aus Sicht der sunnitischen Königshäuser den Eindruck bestätigt, dass er ein Mittelsmann iranischer Interessen sei. Die Reintegration des Iraks in die arabische Politik gestaltet sich vor diesem Hintergrund äusserst schwierig. Dass der Gipfel der Arabischen Liga vom März 2012 in Bagdad durchgeführt wurde, kann zwar durchaus als Erfolg für al-Maliki gelten. Die schwache Vertretung der sunnitischen Golfmonarchien am Gipfel weist aber ebenso auf ihr anhaltendes Misstrauen gegenüber der schiitisch dominierten Regierung im Irak hin wie die Weigerung Saudi-Arabiens, in Bagdad eine Botschaft zu eröffnen.

Die Wechselwirkungen zwischen innerirakischer und regionaler Polarisierung haben sich in den letzten Monaten verstärkt, was die Lage für den Irak aussen- wie innenpolitisch erschwert. Seit sich Vizepräsident al-Hashemi trotz Haftbefehl in Saudi-Arabien, Katar und der Türkei aufhalten konnte, sind vor allem zwischen Bagdad und Ankara die diplomatischen Wogen hochgegangen. Die öffentliche Kritik des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan an der Machtkonzentration im Irak erwiderte al-Maliki, indem er die Türkei zum «feindlichen Staat» erklärte. Die wachsenden Spannungen zwischen dem Irak und seinen sunnitischen Nachbarn könnten dabei vor allem die Golfmonarchien dazu veranlassen, die Autonomiebestrebungen

der Sunniten im Irak zu fördern. Im Fall einer weiteren Eskalation der Lage in Syrien ist gar denkbar, dass Saudi-Arabien, Katar und die Türkei auf den Sturz al-Malikis hinarbeiten, um so die Chancen auf ein – auch von Ankara angestrebtes – Ende des Asad-Regimes zu erhöhen. Anzeichen für eine immer engere Verschränkung der Krisen in Syrien und im Irak lassen sich jedenfalls bereits heute erkennen. Auch deshalb zeichnet sich ab, dass sich al-Maliki und wesentliche Teile der irakischen Schiiten künftig noch stärker an Iran anlehnen.

Die Gefahr einer neuerlichen konfessionell geprägten Gewaltexplosion im Irak nimmt vor diesem Hintergrund zu. Das Gewaltpotential ist dabei wesentlich höher als vor ein paar Jahren, weil die Nachbarn des Iraks in die derzeitigen Auseinandersetzungen stärker involviert sind und die amerikanische Stabilitätsklammer fehlt. Allerdings könnte die Angst, von einem Bürgerkrieg im Irak ebenfalls erfasst zu werden, auch mässigenden Einfluss auf die Nachbarn haben. So wird etwa Saudi-Arabien immer auch in Betracht ziehen müssen, welche Rückwirkungen seine Irakpolitik auf seine eigene, teilweise in Ölfördergebieten ansässige schiitische Minderheit haben wird.

Im Vergleich zur starken konfessionellen Polarisierung in der Region wirkt die ethnisch geprägte Konfliktlinie zwischen Arabern und Kurden momentan weniger virulent. Aber auch die Kurdenfrage könnte sich bei einer Eskalation der Lage in Syrien akzentuieren. Noch unterstützt der Syrische Nationalrat – die Dachorganisation der Opposition – die Forderung der syrischen Kurden nach Autonomie nicht, weshalb die kurdischen Parteien auf Distanz zu ihm gegangen sind. Sollte sich dies aber ändern, und sollten sich die Emanzipationsbestrebungen der irakischen Kurden intensivieren, dürfte die Kurdenfrage auch in der benachbarten Türkei und damit im regionalen Rahmen neue Dynamik gewinnen. Die Auswirkungen einer solchen Entwicklung auf die konfessionelle Polarisierung in der Region – und insbesondere im Irak – sind heute kaum vorhersehbar. Zu komplex sind derzeit die Verhältnisse, und zu volatil.

Verantwortlicher Editor und Fachexperte:
Daniel Möckli, moeckli@sipo.gess.ethz.ch

Bezug und Mailingliste:
www.ssn.ethz.ch

Bisher erschienen



- Nr. 112: Schuldenkrise: Folgen für die Schweizer Aussen- und Sicherheitspolitik
- Nr. 111: PPPs in der Sicherheitspolitik: Chancen und Grenzen
- Nr. 110: Die OSZE in Rücklage
- Nr. 109: Afghanistan: Vage Aussicht auf eine regionale Lösung
- Nr. 108: Schutzmacht Schweiz: Renaissance einer Tradition?
- Nr. 107: Atomwaffen im Nahen Osten: Keine Lösung in Sicht
- Nr. 106: Aussenpolitik nach Calmy-Rey: Brennpunkte und Perspektiven
- Nr. 105: Mediation in religiös geprägten Konflikten
- Nr. 104: Fukushima und die Grenzen der Risikoanalyse
- Nr. 103: Krisenkartographie: Neues Phänomen und vielseitiges Instrument
- Nr. 102: Südafrika: Eingeschränkte Regionalmacht
- Nr. 101: Die Muslimbruderschaft in Ägypten: Hürdenreicher Weg zur Macht
- Nr. 100: Libyen nach Ghadhafi: Politischer Übergang und westliche Optionen
- Nr. 99: Ein fragmentiertes Europa in einem labilen Kongo
- Nr. 98: Al-Kaida nach den arabischen Umwälzungen und dem Tod Bin Ladins
- Nr. 97: Pakistan nach Bin Ladin: Eine Bestandesaufnahme
- Nr. 96: EU-Aussenpolitik: Neue Strukturen, alte Schwächen
- Nr. 95: Nordkaukasus: Wachsende Instabilität im Süden Russlands
- Nr. 94: Nahostkonflikt: Veränderte Vorzeichen, neue Dynamik
- Nr. 93: Brasilien: Wirtschaftsmacht auf aussenpolitischer Profilsuche
- Nr. 92: Kampf um Kampfflugzeuge: Gewinner und Verlierer
- Nr. 91: Militäreinsatz in Libyen: Die Nato im Dilemma
- Nr. 90: Menschliche Sicherheit: Entstehung, Debatten, Trends
- Nr. 89: Nukleare Abrüstung: Ein hürdenreicher Weg
- Nr. 88: Biotechnologischer Fortschritt als sicherheitspolitische Herausforderung
- Nr. 87: Ziviles Krisenmanagement der EU: Eine Zwischenbilanz
- Nr. 86: NATO und Raketenabwehr: Chancen und offene Fragen
- Nr. 85: NATO-Gipfel: Zukunftsgerichtete Beschlüsse, fragliche Umsetzung